

Der Courier
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheinet jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Kanada \$2.50
für Ausland \$3.50
Im voraus bezahlt:
Kanada \$2.00

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier.

"The Courier"
is the leading Canadian Paper
in the German language
Issued every Wednesday
Subscription price:—
in Canada \$2.50
to foreign countries \$3.50
If paid in advance:
Canada \$2.00
1835 Halifax Street, Regina.

25. Jahrgang. 20 Seiten. Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 26. Februar 1950. 20 Seiten. Nummer 17.

Eröffnung des Dominion-Parlaments in Ottawa

Ausdehnung des canadischen Außenhandels durch Ernennung weiterer Handelskommissare und durch Einführung neuer Dampferverbindungen nach Australien und Südamerika

Die Chronrede über die Regelung der Naturwertefrage mit Manitoba, Alberta und British Columbia

Ottawa. — Das Parlament in Ottawa wurde am 20. Februar mit dem üblichen Pomp eröffnet. Der Generalgouverneur verlas die Chronrede, in der er u. a. auf die Ausdehnung des canadischen Außenhandels hinwies. Im Laufe des letzten Jahres sind in mehreren Ländern neue Büros von canadischen Handelskommissaren eröffnet worden. Ferner wurden neue Dampferverbindungen mit Australien und Südamerika hergestellt. Weitere Ausdehnungen des Seeverkehrs nach Indien und British-Guinea sind in Aussicht genommen.

Die beiden canadischen Eisenbahnsysteme haben ihr Bahnnetz bedeutend erweitert und planen eine weitere Entwicklung desselben. Der letzte Abschnitt der Suban-Pan-Pan ist fertig gestellt. Der Bau des Welland-Schiffkanals geht seiner

Saskatchewan-Regierung und lutherische Rußlandflüchtlinge

Erwidern auf eine vom Landwirtschaftsminister Buckle aufgestellte Behauptung in Legislaturrede

Lutherische Einwanderungsbehörde hatte alle nötigen Garantien geboten, damit die Flüchtlinge der Öffentlichkeit in Canada nicht zur Last fallen

Trotzdem wurde die Zulassung der rußlanddeutschen Auswanderer von der Saskatchewan-Regierung verweigert

Dem "Courier" sowie allen englischen Zeitungen in Regina ging folgender Artikel zu, der auf der Tagesordnung der Regierung steht. In dem Artikel wird die lutherische Einwanderungsbehörde (Lutheran Immigration Board of Canada) in Regina für die Zulassung der rußlanddeutschen Flüchtlinge in Saskatchewan kritisiert. Die lutherische Einwanderungsbehörde hatte alle nötigen Garantien geboten, damit die Flüchtlinge der Öffentlichkeit in Canada nicht zur Last fallen. Trotzdem wurde die Zulassung der rußlanddeutschen Auswanderer von der Saskatchewan-Regierung verweigert.

Chronrede ohne Abstimmung angenommen

Saskatchewan-Legislatur hört bedeutende Redner von beiden Seiten des Hauses

Patterson wendet sich gegen „Farm Loans Board“ Bericht und Davis rechnet mit den „Affidavits“ Bryants ab

Regina. — In der zweiten Woche der Legislatursession dauerte die Debatte über die Chronrede mit unverminderter Stärke fort. Am Montag wurde diese Diskussion zu Ende geführt, nachdem noch Justizminister M. A. MacPherson als letzter das Wort ergriffen hatte. Er suchte u. a. die Haltung der Regierung in der Frage der lutherischen und memonitischen Auswanderer zu erklären und betonte, die Regierung habe oder solle mit dieser Politik. Es sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen als nicht ratsam erachtet worden, memonitische Familien in großer Zahl zuzulassen. Vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus habe man auch den lutherischen Flüchtlingen keine andere Antwort erteilen können, als lutherische Vertreter beim Kabinett vorzulegen.

Ehrevoller Tribut dem deutschen Volke

Schurman rühmt den Wiederaufbau des Deutschen Reiches

Die alten nationalen Kraftquellen sind noch im deutschen Volke lebendig

New York. — In markanten Worten sollte Jakob Gould Schurman, der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, der deutschen Volkseele bei der ihm werdenden Ehrung durch die Deutsch-Amerikaner einen Tribut, wie er lebendiger, schöner und größer kaum erdacht werden könnte. Er zeigte tiefen Einblick und Verständnis für die ungeheuren Aufgaben, die Deutschland in den letzten fünf Jahren bewältigt hat, und die noch viel größeren, die noch zu bewältigen sind.

Der Schurman schilderte in höchst bewundernswürdiger Weise die Zustände und die Stimmung, wie er sie bei seinem Amtsantritt in 1925 in Deutschland vorfand.

„Es war nicht so schlimm 1925 als es 1923 oder 1924 gewesen war“, sagte er, „aber es war wohl schlimmer. Die Währung war stabilisiert, aber das Volk litt schwer und leidet heute noch infolge der Inflation. Noch hatte es den Punkt nicht erreicht, von dem aus es den verlorenen Krieg als eine fante und unabänderliche Tatsache anerkennen konnte.“

„Das erste Symptom der Genesung war die Anpoßung seiner geistigen Stellungnahme zu der Tatsache, daß der Krieg verloren war. Man glaubte nicht mehr, darüber zu sprechen. Man hörte keine Entschuldigungen und sehr wenig Kritik.“

„Was dann? Dann entfiel in der Seele und dem Herzen des deutschen Volkes der feste Wille, sich dem Wiederaufbau des Deutschen Reiches zu widmen für sein Land den Platz in der Welt wieder zu erringen, die Größe und Macht, die das deutsche Volk in Europa verloren hatte, deren Kraftquellen aber noch in seinem eigenen Herzen und Willen sprudeln.“

„Das erste Problem war das der physischen Erstickung. Eine allgemeine Arbeitslosigkeit war vorhanden. Es war nicht die Frage, mit wie wenigen Arbeitsstunden man auskommen könne, sondern wie viele man leisten konnte. Ackerbau, Industrie, Handel und Gewerbe kamen wieder ins Leben. Das Land wurde ein riesiger Garten. Fabriken, Ämtern mit erneuter Produktionsenergie, der Handel verbreitete sich wieder, gefördert durch die neuen Schiffe, die wie durch Zauber in Hamburg und Bremen gebaut wurden, um die großartige Handelsflotte zu ersetzen, die Deutschland von seinen siegreichen Gegnern am Ende des Krieges weggenommen worden war.“

Deutscher flieger findet Tod in Südamerika

Bogota, Kolumbien. — Depeschen aus der Stadt Cali melden, daß dort zwei Personen in einem Flugunfall getötet wurden. Ein Flugzeug der Deutschen Luft-Transport Gesellschaft von Colombo ist auf das Dach einer Schule von Santa Vitoria abgestürzt. Der deutsche Pilot Friedrich Burkard und der Passagier Max Bruno wurden nach einem Hospital gebracht, erlag aber auf dem Operationstische ihren Verletzungen.

Deutschland vor Regierungskrisis?

Kabinett will für polnisch-deutsche Liquidation einsehen oder fallen.

Berlin. — Die Möglichkeit einer deutschen Regierungskrisis wurde in der Erklärung des Kabinetts erörtert, daß es mit dem Abkommen für die Liquidation der deutsch-polnischen Schulden einsehen oder fallen will. Das Maß, welches im Haag festgesetzt worden war, ist ganz entschieden unpopulär, und der Reichspräsident Paul von Hindenburg hat erklärt, daß er ein Veto einlegen wird, sobald es vom Reichstag genehmigt sein wird.

Neben dieser Erklärung des Kabinetts wird noch eine Parteierklärung im Reichstage erwartet. Zwei Gruppen, die bisher auf der Seite der Regierung gestanden haben, haben sich mit den Gegnern der Regierung vereinigt und die Opposition verstärkt, nämlich die Deutsche Volkspartei und die Zentrumspartei. Diese beiden Umstände können leicht zu einer Krisis der deutschen Regierung führen.

Juden-Hinrichtungen in Sowjetrußland

Warschau, Polen. — Robb, Israel Schapiro hat einen Bericht erhalten, daß die Sowjetregierung Vorbereitungen für die Hinrichtung der Führer der jüdischen Gemeinde in Minsk trafe, die von der Riketa unter der Verduldigung konterrevolutionärer Tätigkeit verhaftet wurden.

Nach Eintreffen des Berichtes suchte eine Delegation polnischer Rabbiner den amerikanischen Konsul auf und ersuchte ihn um Intervention. Als Zeichen der Trauer geriffen alle Rabbiner ihre Kleidung. Besondere Bittgebete für die verhafteten Juden in Minsk sind ebenfalls angelegt worden.

Eine gleiche Meldung ist bei Rabbiner Chaim Grodzenski in Wilna eingegangen, der eine Anzahl von Telegrammen an jüdische Führer und Rabbiner in allen Teilen der Welt abgeleitet hat. In diesen Telegrammen ersucht er sie um Intervention zwecks Verhütung der Hinrichtung. Der hiesigen jüdischen Bevölkerung bemängelte sich eine erhebliche Erregung, als die Meldung von der bevorstehenden Hinrichtung ihrer Glaubensgenossen bekannt wurde.

Proteste gegen neue Schulgesetzgebung

Nur die englische Sprache soll in den Steuerzahler-Versammlungen der Schuldistrikte erlaubt sein

Entfernung aller religiösen Abzeichen aus Schulen soll durchgeführt werden

Deutsche, französische, polnische und andere Vereinigungen ersuchen die Regierung um Beibehaltung des bisherigen Schulgesetzes und betonen nachdrücklich das Recht der religiösen und fremdsprachlichen Minderheiten

Regina. — Am Dienstag, den 18. Februar, brachte Premier J. W. Anderson, der zugleich Unterrichtsminister von Saskatchewan ist, eine Vorlage ein, durch die weitgehende Änderungen im Schulgesetz der Provinz vorgenommen werden sollen.

„Zurückgelesen wird 3. P., daß jede Person, die für das Amt eines Schulverwalters vorgeschlagen wird, ein am Orte wohnhafter Steuerzahler sein muß, der das Schulgesetz in englischer Sprache lesen und schreiben kann, außer den anderen vorgeschriebenen Qualifikationen. (Nach dem bisherigen Gesetz war es nur erforderlich, daß der Kandidat „lesen und schreiben“ konnte.)“

Während bisher in den überwiegend deutschen Schuldistrikten die Steuerzahler-Versammlungen teilweise in deutscher Sprache abgehalten wurden, soll das in Zukunft nicht mehr geschehen. In allen Schulversammlungen soll künftig nur englisch gesprochen werden, wie Premier Anderson vorbrachte. Doch soll es dem Steuerzahler an der Hand, der als Übersetzer fungieren soll.

Bezüglich der Einrichtung von neuen Separatistenschulen wird bestimmt, daß bei Feststellung der Tatsache, ob wirklich eine Minderheit vorhanden ist, jene Steuerzahler, die weder katholisch noch protestantisch sind, nicht mitgezählt werden. Ferner soll der Steuerzahler, der weder protestantisch noch katholisch ist, das Recht gegeben werden, sich entweder für die Publikschule oder die Separatistenschule zu entscheiden.

Weiterer Änderungsvorschlag für das Schulgesetz von Saskatchewan haben folgende Wortlaut:

1. Kein Abzeichen irgendwelchen Glaubens, irgendwelcher Konfession, Sekte oder Vereinigung darf ausgeführt sein innerhalb oder auf irgendwelchem zur Publikschule gehörigen Grundstück während der Schulstunden, und niemand darf in irgend einer Publikschule unterrichten, solange er das Kleid irgend eines solchen Glaubens trägt.

2. Jemand ein Lehrer, der die Bestimmungen von Subsektion 1 verletzt, macht sich eines Vergehens schuldig und legt sich einer Strafe von nicht weniger als \$25, und nicht mehr als \$100 aus und, wenn schuldig befunden, soll er seiner Befähigung, als Lehrer zu fungieren, solange verlustig sein, als der Minister anordnet.

3. Jemand ein Schuldirektor, der die Bestimmungen von Subsektion 1 verletzt, macht sich eines Vergehens schuldig und legt sich einer Strafe von nicht weniger als \$25, und nicht mehr als \$100 aus und, wenn schuldig befunden, soll er seiner Befähigung, als Schuldirektor zu fungieren, solange verlustig sein, als der Minister anordnet.

4. Der Minister soll, nachdem er sich vergewissert hat, daß der Vorstand einer Publikschule eine Verletzung der Subsektion 1 zugelassen habe, bestimmen, daß jener Distrikt seinen Zuschuß aus den von der Legislatursitzung bewilligten Geldern erhält für die Dauer der Verletzung, in welchem Fall dann kein Zuschuß gegeben werden soll.

5. Jemand, welcher vom Vorstand oder einem der Beamten ausbezahlt Geldsumme als Gehalt an den Lehrer, der sich eine Verletzung von Subsektion 1 zuschulden kommen ließ, und irgend eine Summe Geldes, die der Distrikt wegen Nichtzahlung der Zuschüsse unter Subsektion 4 verloren hat, kann der Distrikt einziehen wie vorgelesen durch Section 214.

6. Diese Akte tritt in Kraft treten am 1. Juli 1930.“

Auf die verschiedenen Änderungsanträge zum Schulgesetz ist in den letzten Tagen ein wahrer Hagel von Protesten niedergegangen (Fortsetzung auf Seite 6)

Neue Basis für deutsches Wirtschaftssystem

fordert Aufruf führender Männer Deutschlands

Zusländische Konkurrenz soll geschlagen werden

Berlin. — Ein Aufruf an das deutsche Volk, seine Finanzen in Ordnung zu bringen, damit die Regierung den Young-Plan durchführen könnte, wurde von hunderten führender Persönlichkeiten des Landes erlassen.

Obwohl der Aufruf nicht angeht, welche Maßnahmen getroffen werden sollten, wies er auf die allgemeine Notwendigkeit hin, das Finanz- und Wirtschaftssystem des Deutschen Reiches auf eine ganz andere Basis zu stellen, jedoch kein Geld ausgegeben würde, ohne daß man etwas dafür hätte.

Der Youngplan könnte nicht erfüllt werden, wenn nicht ein erheblicher Aufwuchs der Produktion erreicht würde, sagte das Manifest weiter. Deswegen müßte die deutsche Produktion in die Lage versetzt werden, die ausländische Konkurrenz in

Internationale Falschmünzerbande

Berlin. — Die Polizei nahm hier drei Männer fest, von denen angenommen wird, daß sie einer Falschmünzerbande angehören, welche ganz Europa mit gefälschten amerikanischen Banknoten überläuft. Die Gefangenen sind der Rumäne Jermas, ein Ungar namens Kay und ein Böhme, Weiz mit Namen. Bei ihrer Festnahme auf einem bühnen Pabnhof soll eine große Menge gefälschter amerikanischer Ein-Dollar-Noten bei ihnen vorgefunden worden sein. Nach den Angaben der Polizei befindet sich das Hauptquartier der Falschmünzerbande in Antwerpen.

Berühmter deutscher Tierversorger gestorben

Berlin. — Der Tod beendet die ungewöhnliche Laufbahn von Dr. August Hermann Franke, der nie eine Universität besucht hatte und doch seit 1925 Professor an der Berliner Universität war. Es war keine außerordentliche Kenntnis der tibetanischen Sprache, die er sich als Millionär und Forscher erworben hatte, die Herrn Franke den Grad eines Ehrenprofessors der Universität in Berlin verlieh. Professor Franke hat zahlreiche Bücher in englischer und deutscher Sprache über tibetanische Märchen, die Sprache und die Literatur des Landes geschrieben.

Opposition verteidigt sich

Das auch die liberale Opposition war in der letzten Woche nicht müde. Der frühere Provinzschatmeister B. J. Patterson (Piperton) rechnete mit dem Weston-Bericht über die Farm-Darlehens-Behörde gründlich ab und bespitzelte ihn als ungedacht, unbillig und nur zu politischen Zwecken bestimmt. Dadurch werde der Kredit des Farmers und der Provinz selbst geschädigt. Der Bericht sei einfach gleichbedeutend mit einer Erklärung, daß 50 Prozent der Farmer eben zahlungsunfähig seien.

Der frühere Justizminister T. G. Davis war ein weiterer glänzender Redner. Er nahm sich den Ministerpräsidenten vor und zersplitterte seine „beherrschenden Erklärungen“ bezüglich angeblicher Mißstände in gewissen Provinzialinstitutionen. Davis verurteilte in härtester Weise die Taktik des Ministers Bryant, den Charakter von Regierungsbeamten durch Aussagen von „Gefangenen“ zu beschuldigen, und „beeinflussten Zeugen“ zu beschuldigen, ohne den beschuldigten Personen eine Gelegenheit zur Verteidigung zu bieten. Davis beanstandete auch die geschändete Sprache der „Affidavits“, die trotzdem von Minister Bryant vorgelesen wurden — was in einer britischen Legislatursitzung wohl noch nie dagewesen sei.

Der ehemalige Minister George Spence (Waple Creek) begründete in seiner Ansprache die Strafenpolitik der liberalen Regierung als gerecht, während er hinsichtlich der neuen Wegbaupolitik befürchtete, daß durch sie die Last der Provinzialschuld bedeutend schwerer werden würde.